

Regieren im Geist einer Krämerseele

Wohnungsbau: „Kalkulierte Eskalation“ und „Leerlauf zur Hauptsaison“, FR-Meinung vom 25.9. und -Politik vom 26.9.

Systemfehler im sozialen Wohnungsbau

In der Sendung „Presseclub: Neues Zuhause gesucht“ brachte die SZ-Redakteurin Laura Weißmüller die Problematik auf den Punkt. Der Soziale Wohnungsbau in Deutschland hat von Anfang an einen Systemfehler: die Bindungsfristen, die außerhalb Deutschlands nicht verstanden wird. Das Erste (1950) und Zweite Wohnungsbauengesetz (1956) von CDU und FDP hatte nicht den Bau von dauerhaften Sozialwohnungen als Grundlage, sondern allein die Förderung von Wohnungsbaunternehmen, deren Vorfinanzierung verstüßelt wurde – mit öffentlichen Darlehen befristet für 15 Jahre (BGH-Urteil) und bis maximal 25 Jahren, wenn sie diese Wohnungen in dieser Zeit günstiger als Sozialwohnungen vermietet. Danach wurden die Mieten des freien Marktes gefordert.

In Frankreich (HLM) und in Wien (Gemeindebau) werden Wohngebäude errichtet, in denen sich dauerhaft Sozialwohnungen befinden. In Deutschland hat es nie einen Sozialen Wohnungsbau gegeben. Wer etwas anderes behauptet, möge bitte ein Wohngebäude zeigen, in dem sich dauerhaft Sozialwohnungen befinden. Kann er nicht. Das Dritte Wohnungsbauengesetz von der SPD „Gesetz über die soziale Wohnraumförderung“ von 2001, geändert 2009, ist im Titel schon klarer, aber im Inhalt auf der Linie des sogenannten Lücke-Plans von CDU und FDP. Wann wird endlich mit

diesem Mythos, dieser Lebenslüge aufgeräumt, und zwar von allen Parteien?
Konrad Mohrmann, Frankfurt

Die Schuldenbremse atmet den Geist einer Krämerseele

Die Bundesregierung hat das Wohnungsproblem nicht erkannt, folglich handelt sie völlig unangemessen. Die Verbände der Bauwirtschaft und der Immobilienspekulation hingegen blenden die Ursachen der Krise aus, denn sie verfolgen ausschließlich kommerzielle Interessen – gegen das Gemeinwohl. Solange Grundstücke (die nicht vermehrbar sind) sowie Wohnungen als Wirtschaftsgüter gelten und der Staat sie nicht der Daseinsvorsorge zuordnet, ist eine Katastrophe programmiert.

Eine solche ist beim Klima längst eingetreten. Die Ozonschicht ist geschädigt und vermag sich nur in dem Maße zu regenerieren, in dem Treibhausgas vermieden werden. Die Atmosphäre ist zusätzlich mit CO₂ und anderen Giften belastet, was das meteorologische Gleichgewicht stört. Flüsse und Meere sind zu Abwasserkanälen und Müllhalde verkommen. Die Abholzung der Regenwälder verstärkt diese Entwicklung. Überschwemmungen hier, Dürren dort. Menschen verlassen ihre angestammten Lebensräume und flüchten nach Europa. Vielleicht von der Hoffnung geleitet, dass in den Ländern der Verursacher auch für die Opfer Platz sein könnte. Das verstärkt die Wohnungsnot und die finanziell schlechte Lage der

öffentlichen Hand (die Politik hat sich in Krämerseelenmanier eine Schuldenbremse ausgedacht). Vermeintlich Fremdes ruft bekanntlich den Widerstand rechter Gruppen hervor. In Deutschland den der AfD (wohl: „Asyl für Dumpfbacken“).

Das Land benötigt keine anti-ökologische Eigenheim-Apart-heit. Deutschland ist auf mehr Bildung und bezahlbare Wohnungen angewiesen. Ministerin Geywitz ist aufzufordern, eine staatliche Wohnungsbau-Gesellschaft zu gründen. Die könnte rasch für mehr Mietwohnungen sorgen und den Sumpf der Immobilienspekulation trockenlegen. Es ist jetzt nicht die Zeit für Spießridelideologie (SPD), Etikettenschwindel (Grüne) und Habgier (FDP).

Klaus Philipp Mertens, Frankfurt

Grund und Boden sollten nur dem Staat gehören

Die geltenden Gesetze, Bauordnungen und Eigentumsverhältnisse im Baubereich führen zwangsläufig zu Verwerfungen und chaotischen Zuständen in unserem Staat. Das größte Problem ist das private Eigentumsrecht an Boden. Daher schlage ich vor, dieses private Eigentumsrecht abzuschaffen. Boden sollte künftig nur dem Staat gehören. Private Bodeneigentümer müssen enteignet werden. Diese Regelung beseitigt die drohende Wohnungsnot. Ansonsten kommt es zu Massenprotesten und zur Radikalisierung, d.h. zu einer Gefährdung unserer Demokratie. Herbert Terhag, Köln



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zusage auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20231004

FR ERLEBEN

Richard Meng von der Karl-Gerold-Stiftung moderiert wenige Tage nach den Landtagswahlen in Hessen und Bayern eine Diskussion zur Frage „Deutschland – wohin?“. Auf dem Podium: Bodo Ramelow (Ministerpräsident, Linke), Renate Künast (MdB, Grüne), Roman Poseck (hessischer Justizminister, CDU), Julia Reuschenbach (Politologin, FU Berlin). Eintritt frei. Die Diskussion ist auch im Livestream zu sehen: fr.de/eventvideo
Mittwoch, 11. Oktober, 19.30 Uhr Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Hanning Voigts moderiert „Hessen nach der Landtagswahl“ mit Sebastian Schaub (Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen) und Kristina Weißenbach (Politikwissenschaftlerin, Uni Essen). In der Reihe „Grüner Salon“ der Heinrich-Böll-Stiftung.
Mittwoch, 11. Oktober, 19 Uhr Gallus-Theater, Kleyerstraße 15 Frankfurt

Pitt von Bebenburg moderiert die Konferenz „Gräfenhausen ist kein Einzelfall! – Für faire grenzüberschreitende Arbeit in Europa!“ des DGB und der Friedrich-Ebert-Stiftung.
Donnerstag, 12. Oktober, 10 Uhr Friedrich-Ebert-Stiftung, Haus 2 Hiroshimastraße 28, Berlin

Viele offene Fragen

Zu: „Demokratie in Gefahr“, FR-Meinung vom 21. September

So verstörend die Aussagen des Artikels sind, so ist doch ein wenig Kritik zu üben. Wenn ich den Artikel richtig verstanden habe, so wurden bei der Umfrage geschlossene Fragen gestellt, d.h. solche, bei denen man nur mit ja, teils/teils oder nein antworten kann. Umfrageergebnisse lassen sich damit gut erzielen. Die spannenden Fragen wären aber offene, solche, bei denen die Befragten sagen können, warum sie sich so entscheiden. Methodisch ist dies mit einem deutlich höheren Aufwand versehen, aber sie sind aussagekräftiger. Was heißt denn, eine Diktatur wird befürwortet? Haben die Bürger vielleicht einfach „nur“ die Nase voll vom Parteiengestank? Bedeutet nicht evtl. auch, wenn doppelt so viele den Nationalsozialismus verharmlosen, dass die Erinnerungskultur bzw. die Aufarbeitung die Menschen nur bedingt oder gar nicht erreicht? Wurde nicht vor kurzem eine entsprechende Diskussion in Deutschland geführt?

Auch die Aussage „distanzieren sich von der Demokratie“ ist schwierig. Heißt das von der Regierungsform als solcher, was richtig gefährlich wäre, oder von der Parteiendemokratie usw? Dies gilt auch für die Formulierung „demokratiegefährdende Einstellungen“, dafür bedarf es mehr als geschlossener Fragen, dazu müsste man die Befragten interviewen (s.o). Wie so oft wird leider nur „festgestellt“. Warum, wieso, weshalb scheint nicht mehr gefragt zu werden. Dies sind aber die Fragen, nach deren Beantwortung man etwas ändern und gegebenenfalls verhindern könnte. Rüdiger Erdmann, Pattensen

Diskussion: frblog.de/diktatur

Umverteilung geht weiter

KfW stoppt Förderung: „Der Topf ist leer“, FR-Wirtschaft vom 28.9.

Während Finanzminister Christian Lindner Familienministerin Paus mit der schnoddrigen Bemerkung abkanzelt, mehr sein nun mal im Haushalt für die Kindergrundsicherung nicht drin, gelingt es seinem Kabinettskollegen Verkehrsminister Volker Wissing, FDP, 300 Mio. Euro wie aus dem Nichts zu zaubern, damit eine wohlhabende, von materieller Not befreite Klientel das Aufladen ihrer übergewichtigen e-SUV-Schlitten endlich privatisieren kann. Gleichzeitig fehlen öffentlich zugängliche Ladesäulen im Land an allen Ecken und Enden und behindern damit die Expansion der e-Mobilität. Man fragt sich kopfschüttelnd, wie SPD gemeinsam mit Bündnis90/Die Grünen diesem sozialpolitischen Skandal mit seiner weiteren Umverteilung von unten nach oben überhaupt nur zustimmen konnten. Hans Schinke, Offenbach

Der Bund muss sich hälftig beteiligen

Streit über Finanzierung des 49-Euro-Tickets: „Auf Kollisionskurs“, FR-Wirtschaft vom 29. September

Für Rüstung ist Geld da, für Klimaschutz nicht

Die fortgesetzte Diskussion nervt! Die dauerhafte Finanzierung des Deutschlandtickets, das vorsorglich offiziell nicht 49-Euro-Ticket genannt worden ist, könnte an der fehlenden Zusage der Beteiligung des Bundes an den Mehrkosten scheitern. Verkehrsminister Wissing setzt damit die einzige echte verkehrspolitische Innovation seiner Amtszeit aufs Spiel. Die Unternehmen des öffentlichen Nahverkehrs und auch dessen Nutzerinnen und Nutzer brauchen baldmöglichst Planungssicherheit. Geld für die weitere Finanzierung ist genug da. Zwar müssen die vorhandenen Straßen und Autobahnen instand gehalten werden, der weitere Aus- und Neubau von Autobahnen wie z.B. zu acht und zehn Streifen im Rhein-Main-Gebiet ist dagegen überflüssig, wenn die entsprechenden Geldmittel in den Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur und eine Verbesserung des Angebots in der Fläche umgeleitet werden.

Das 49-Euro-Ticket stellt einen Anreiz dar u.a. zum Umstieg vom Auto in Busse und Bahnen auf kürzeren Strecken, deren

Zurücklegung mit dem ÖPNV wegen der hohen Fahrpreise für Einzelfahrtickets schon bei zwei Personen teurer wäre als der verbrauchte Kraftstoff. Bei einer Verteuerung um zehn oder 20 Euro monatlich würden viele Abonnent:innen wieder aussteigen und die Einnahmen wären am Ende nicht viel höher, wie der Vorsitzende der Verkehrsmittelministerkonferenz zu Recht befürchtet.

Sollte es die Bundesregierung mit ihren Bemühungen um den Klimaschutz ernst meinen, kommt sie an der weiteren hälftigen Beteiligung nicht herum. Im Verhältnis zu den Rüstungsausgaben sind das übrigens die berühmten Peanuts.

Susanne Weißler-Hoth und Jens-Peter Hoth, Frankfurt

Gerechtes Gegenstück zum Dienstwagenprivileg

Pauschal zu behaupten, das Deutschlandticket nütze Bewohnern des ländlichen Raums nichts, ist Demagogie. Anhand der Zahlen für Auswärtspendler in der amtlichen Gemeindestatistik Hessens kann jeder selbst abschätzen, dass viele Menschen gerade aus dem ländlichen Raum auf gute und günstige Ver-

bindungen des öffentlichen Personennahverkehrs zu den Großstädten angewiesen sind. Eine Bekannte musste vor dem Deutschlandticket 249 Euro im Monat für die Fahrten von Bad Orb zu ihrer Arbeit bei der Postbank Frankfurt zahlen.

Den Bundeszuschuss zum Deutschlandticket sehe ich als gerechtes Gegenstück zum Dienstwagenprivileg für Wohlhabende, das Einnahmeverluste von vier Milliarden Euro im Jahr verursacht. Wenn Christian Lindner und seine Wählerklientel weiterhin der Raserei auf öffentlichen Straßen frönen wollen, müsste es geradezu in deren Interesse sein, wenn möglichst viele Menschen auf Bus und Bahn umsteigen. Das Deutschlandticket wäre der ideale Anreiz dafür.

In Wahrheit zählt diese Ansammlung neoliberaler, machtegoistischer Egoisten, die FDP, zu den besten Wahlhelfer:innen der AfD. Jeder konnte es selbst im Landtag von Thüringen beobachten. Unsere Demokratie darf nicht weiter zu einem Feudalsystem Namens „Marktkonforme Demokratie“ verkümmern, deren wahre Herrscher die Aktionäre von Rüstungskonzernen und die Anleger bei Blackrock sind. Horst Acker, Bad Orb